



Rubrik vom 24./25. September 2008

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Mehr Bürokratie schafft keine neuen Lehrstellen!

Sie finden für Ihr Kind keine Lehrstelle oder kennen jemanden, der keine Lehrstelle findet? Das ist tatsächlich ein Problem. Wie löst die Politik ein Problem? Mit einem Gesetz. Und schon ist der Berufsbildungsfond geboren! Was ist die Idee? Unternehmen, die keine Lehrlinge ausbilden, sollen zahlen. Dafür sollen Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, unterstützt werden. Tönt doch gut, oder etwa nicht?

Gefährliche Scheinlösung

Doch wer ein Gesetz schafft, schafft auch Beamte, denn die Lehrstellen-Steuer müsste eingetrieben, kontrolliert und umverteilt werden. Allein die seriöse Kontrolle der 60 – 70'000 Betriebe (haben sie nun einen Lehrling oder nicht? oder gilt der Praktikant auch als Lehrling?) würde einen guten Teil der Gelder verschlingen, die eigentlich für die Lehrlinge gedacht wären. Und ehrlich: Weil ein Betrieb 35 Franken pro Arbeitnehmer bezahlen muss (wie im Kanton Neuenburg), bildet er nicht aus, wenn er das nicht sowieso tun will. Andererseits lassen sich keine Lehrstellen schaffen, indem man einem Betrieb 200 Franken in die Hand drückt (ebenfalls im Kanton Neuenburg). Das Ziel wird also nicht erreicht: es entstehen keine neuen Lehrstellen. Um ein guter Lehrmeister zu sein, muss man übrigens Herzblut für die Jungen haben. Das hat mit buchhalterischen Rochaden nichts, aber auch gar nichts zu tun. Viele Branchen (zur Zeit 13, Tendenz steigend) haben schon freiwillig private Berufsbildungsfonds eingeführt, die sie schlank und effizient verwalten. Sie investieren in zukunftssträchtige Berufe und dort, wo der Markt ist – nicht wo die Politik den Markt gern hätte.

Sinkende Schülerzahlen – schon ist alles anders!

Das Schweizer Lehrlingswesen ist ausgezeichnet – man vergleiche mit anderen Ländern! Dieses Niveau hat die Wirtschaft ohne die Politik erreicht und zu 90% selber finanziert. Der Lehrstellenmarkt wird schon deshalb besser werden, weil die Schülerzahlen sinken. Die Politik kann uns und den Lernenden helfen, indem sie dafür sorgt, dass die Schulabgänger/innen besser rechnen und schreiben lernen. Nicht dienlich sind weitere Zwangsabgaben, die keine Lehrstellen, dafür aber Beamtenstellen bringen. Deshalb am 28. September zum Bundesgesetz über die Berufsbildung: NEIN zur Variante A, JA zur Variante B.

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuersch.ch